

S7-Verein ruft Beteiligte zu einem Runden Tisch auf

Nach dem Bürgerentscheid in Wolfratshausen muss die Zusammenarbeit aller Beteiligten im Vordergrund stehen. Das fordert Johannes Schneider, 1. Vorsitzender von S7-Verlängerung Jetzt. Der von zahlreichen Bürgern, Unternehmen, dem Wirtschaftsforum Oberland, der Industriegemeinschaft Geretsried (IGG) und der Unternehmervereinigung Wirtschaftsraum Wolfratshausen (UWW) getragene Verein sieht sich in der Pflicht, auf mehr Gemeinsamkeit unter allen Beteiligten hinzuwirken. Daher ruft er die politischen Vertreter des Landkreises in Bundestag, Landtag und in den Kommunen zu einem Runden Tisch auf, an dem die unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen in Einklang gebracht werden.

„Wir setzen uns für die Verlängerung der S-Bahn und zugleich für den Interessenausgleich der beiden Städte Wolfratshausen und Geretsried ein“, erklärt Schneider. „Das haben wir bei Vereinsgründung sogar in unserer Satzung festgeschrieben.“

Am Sonntag hat die Wolfratshausener Bevölkerung ein starkes und eindeutiges Votum abgegeben. „Wir haben verstanden“, betont Schneider. „Es war schon immer unser Prinzip, die S-Bahn nur zu Bedingungen zu fordern, die für alle akzeptabel sind. Genau deshalb haben wir die Bedenken in Wolfratshausen aufgegriffen und einen Vorschlag zur Verkehrslösung im Bereich Sauerlacher Straße gemacht. Denn die bisherige Nutzen-Kosten-Untersuchung zeigt nur eine einzige umsetzbare Variante auf, die wir zugunsten von Wolfratshausen so akzeptabel wie nur möglich gestaltet sehen wollen.“

Jetzt muss es um den Ausgleich zwischen Wolfratshausen und Geretsried gehen. Das kann nur bedeuten, dass alle Beteiligten nun aufeinander zugehen und gemeinsam mit den Verantwortlichen in Verwaltung und Politik eine Lösung suchen, die alle Interessen soweit wie möglich berücksichtigt. Keiner darf gegen den anderen ausgespielt werden; beide dürfen keine sich hemmenden Rivalen, sondern müssen gut kooperierende Nachbarn sein. Nur dann kann die gesamte Region davon Nutzen tragen und sich weiter positiv entwickeln. Schneider: „Was jetzt nicht passieren darf, ist eine fortschreitende Entsolidarisierung der beiden Städte. Deshalb müssen alle miteinander einen neuen Lösungsansatz suchen. Dazu sollten ein Runder Tisch mit Vertretern der betroffenen Kommunen, unseren Bundestags- und Landtagsabgeordneten, dem Landrat und den entsprechenden Kommunalpolitikern einberufen werden. Unser Verein wird sich für den Interessenausgleich einsetzen und bei Bedarf im Herbst eine entsprechende Veranstaltung organisieren.“